

Verlagsgesellschaft: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Breslau 1, Molatstraße 49/50.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 20 Pf. — Durch Briefpost oder durch die Post: monatlich 2,00 Mk., vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus.

Postfachkonto, Nr. 22222
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung kostet 1,25 Mk. pro Zeile und Spaltenbreite, 5 Zeilen und Spaltenbreite. Die Schlesische Arbeiter-Zeitung kostet 1,25 Mk. pro Zeile und Spaltenbreite, 5 Zeilen und Spaltenbreite.

Politische Uebersicht.

Deutsche Waffen gegen Sowjetrußland.

Die „Frl. Ztg.“ meldet: Auf die Anfrage des Oberleutnants Malone im Unterhaus, ob die englische Regierung wisse, daß kürzlich mindestens zwei Schiffe Waffen und Munition von Deutschland nach Finnland gebracht hätten, antwortete Bonar Law im Namen der Regierung bejahend. Auf die Frage eines anderen Abgeordneten, ob diese Waffentransporte von Deutschland ohne Befragung der Alliierten vorgenommen worden seien, erwiderte Bonar Law, er glaube, daß die Alliierten nicht befragt worden seien.

Der Sammelplatz der russischen Konterrevolutionäre in Berlin.

Nach Informationen des Berliner Korrespondenten des „Daily Herald“ ist in Berlin ein neues Zentrum der russischen Konterrevolutionäre im Salon der Fürstin Wariakinsk, einer bekannten Kabinettsführerin, gebildet. Hier kommen englische und französische Offiziere und diplomatische Agenten mit den Führern der verschiedenen antibolschewistischen Gruppen zusammen. Hier ist auch Hauptmann Kobylants, der Heide des ehemaligen Dumapräsidenten, als Organisator einer Anwerbungsstelle russischer Emigranten für die weiße Armee in verschiedenen Teilen der russischen Randstaaten, letzte Woche mit einflussreichen Vertretern der Alliierten zusammengetroffen. Jedem Freiwilligen sollen sofort 1000 Mk. in bar ausgezahlt und 30 000 Mk. für seine Familie auf einer hiesigen Bank deponiert werden; das sind die von der geheimen japanischen Werbestelle in Berlin, die ehemalige zaristische Offiziere nach Wladivostok entsendet, festgesetzten Daten. Die Pläne der russischen Konterrevolutionäre gehen dahin, die Ukraine mit Hilfe der Polen zu besetzen, um sie dann als Angriffsbasis gegen Sowjetrußland zu benutzen.

Nur Herr Köster weiß „weder offiziell noch inoffiziell“ etwas von all dem, was unter seinen Augen geschieht, auch wenn bald die Spazier die Schanze dieser neuen konterrevolutionären Mächtschaften von den Dägern pfeifen!

Solidarität.

Amsterdam. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, beschloßen die Londoner Hafenarbeiter kein Schiff zu laden, das Kriegsmaterial nach einem mit der russischen Vaterregierung verfeindeten Lande führt. Infolgedessen mußte ein englisches Schiff, das Kanonen und Munition für die polnische Regierung an Bord hatte, diese Kriegsvorräte wieder ausladen und andere Ladung aufnehmen.

Abzug der Franzosen.

Montag früh haben die Franzosen mit der Ausrückung Frankfurts a. M. und des Rheingaus begonnen, da die neutrale Zone des Ruhrgebiets wieder die vertragemäßige Zahl deutscher Gruppen aufweist.

Stinnes kauft 70 Provinzzeitungen.

Wie gemeldet wird, steht Stinnes in Verhandlungen über den Erwerb von 70 Provinzzeitungen und 5 Zellulosefabriken. — Die Schwerindustrie arbeitet großartig. Sie kauft nicht nur Zeitungen, um sie für ihre konterrevolutionären Zwecke zu verwenden, sondern erwirbt gleichzeitig Zellulosefabriken, um in der Papierbeschaffung unabhängig zu sein. Erst die Sozialisierung der Produktionsmittel wird dieser Diktatur des Kapitals ein Ende machen. (Siehe auch Leitartikel „Kapitalismus“ in Nr. 52 der „Schles. Arbeiter-Ztg.“ vom 15. Mai.)

Der deutsche Bankbeamtenverein als Verräter.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten, Berlin, teilt mit, daß er die Proklamierung des Streiks in den Berliner Banken vorläufig zurückstellen muß, da sich der unternehmerfreundliche deutsche Bankbeamtenverein geweigert hat, den Streik mitzumachen und der Verband deshalb die alleinige Verantwortung für den Streik nicht übernehmen kann. Der deutsche Bankbeamtenverein, Berlin, ist also den streikenden Bankbeamten im Rechte (ca. 50 000 Streikende) in den Rücken gefallen.

Terror des Kapitals.

Die Welt von Blohm u. Bock in Hamburg hat ihren Betrieb infolge des Angekligtenstreiks geschlossen und allen Arbeitern sofort gekündigt; deren Wiedereinstellung wird erst nach Wiederveröffnung des Betriebs erfolgen.

Die Offizierspartei.

Die Presse der Konterrevolutionäre preist den Offizieren die Deutschnationale Volkspartei als ihre Partei an. Sie weist darauf hin, daß die Deutschnationalen viele Offiziere als Kandidaten aufgestellt haben. Wir haben es immer gewußt, daß die Deutschnationale Volkspartei die Partei der militärischen Konterrevolution ist. Es freut uns, daß sie es jetzt offen zugibt.

Entwicklung.

Wie die deutschnationale „Post“ mitteilt, hat der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins von Stepenitz, Ernst Weise, dem Geschäftsführer des Deutschnationalen Volksvereins Ramm-Muebach brieflich seinen Uebertritt zur Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt. In einem Schreiben wird der einseitige Besinnungswechsel ausführlich begründet.

Der Vorfall zeigt, was sich für sonderbares politisches Gemische in der rechtssozialistischen Partei zusammengefunden hat.

Freiörgelienstreik in Berlin.

Berlin. Die Freiörgelien haben die Arbeit niedergelegt, da ihnen Wochenlöhne von 140 Mark für Herren- und 150 Mark für Damenorgelien nicht bewilligt wurden.

Polen plötzlich friedliebend.

Wie aus Warschau gemeldet wird, erklärte der polnische Ministerpräsident in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die letzten Siege der polnischen Armee ermöglichten der polnischen Regierung die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland. Die polnische Regierung sei bereit, auf Borsjow als Verhandlungsort zu verzichten und andere Orte für die Verhandlungen namhaft zu machen.

Diese Erklärung des polnischen Ministerpräsidenten ist sehr interessant. Sie besagt, daß das imperialistische Polen am Ende seines Latens ist und sich bemüht, vor der Vernichtung durch die bolschewistischen Heere mit Sowjetrußland zum Frieden zu kommen.

Die russischen kooperativen Gesellschaften konterrevolutionär.

Nach Nachrichten aus Moskau hat der Rat der Volkskommissare die leitenden Mitglieder des Vorstandes der Zentralorganisation der kooperativen Gesellschaften verhaftet, sowie die Vertreter der Kooperation in London ihrer Stellung entzogen.

Das Komitee für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland, das kürzlich in Kopenhagen gegründet wurde, kündigt an, daß es bis zum Eingang weiterer Nachrichten die in Kopenhagen und anderswo stattfindenden Verhandlungen über Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland verschiebt, da diese Verhandlungen auf der Grundlage einer Zusammenarbeit mit den kooperativen Gesellschaften stattfinden sollten.

Ausruf an die gewerkschaftliche Internationale.

Der Allgemeine Arbeiterverband (G. S. F.) teilt mit, daß er sich an die gewerkschaftliche Internationale gewandt habe, damit sie ihren Protest mit dem des französischen Proletariats vereinige zum Zwecke der Verteidigung der Organisation.

Der Boykott Ungarns.

Das Büro des internationalen Gewerkschaftsverbandes hat auf einer Tagung in London beschlossen, die im Monat März angenommene Entscheidung auf Boykottierung Ungarns unverzüglich zu verwirklichen. Sämtliche Gewerkschaftsverbände und andere Organisationen, die daran mitwirken können, werden aufgefordert werden, in Beratungen zur Verwirklichung des Boykotts einzutreten.

zwei große Gruppen zusammen, der Englandkonzern und der Deutschlandkonzern, die sich bemühten, möglichst viele Kleinstaaten in ihren Machtbereich einzubeziehen. Lose angegeschlossen, aber durchaus selbständig blieben Japan und Amerika, die nach dem Kriege zu ganz überragenden Machtzentren herangewachsen sind. In Europa gelang es nur den Nordstaaten und Rußland, sich vollkommene Selbständigkeit zu bewahren. Von den am Kriege beteiligten Kleinstaaten hat sich allein Rumänien rasch erholt, um im Osten und Südosten eine Rolle im imperialistischen Sinne zu spielen.

In Westeuropa führt heute England. In Mitteleuropa gibt es keine entscheidende Führung, noch weniger im Osten, wo der drohende Zusammenschluß Polen-Rumänien wegen des Mangels an Rückendeckung und der inneren Gegensätze in der möglichen Blockbildung (Polen-Tschechien-Ungarn-Rumänien) keine allzugroße Gefahr darstellt. Im Süden konkurrieren um die Führung Frankreich und Italien. Der Norden ist wie früher unproblematisch.

Die Versuche Sowjet-Rußlands, einige Elemente sozialistischer Politik in den europäischen Trümmerhaufen hineinzufragen, finden natürlich nirgends fruchtbaren Boden. Dem Sozialisten ist Politik die Kunst, Reibungen zu mindern, allen Einzelkräften eine reibungsschwache Entfaltung im Dienste der Menschheit zu ermöglichen. Demnach ist sie der imperialistischen todschändlich gegenübergestellt, denn die geht eingestandenemachen darauf aus, Einzelstaaten (oder Gruppen von Einzelstaaten) Vorteile gegen die anderen zu verschaffen auf Kosten der anderen. Deshalb arbeitet sie mit national-egoistischen Motiven.

Die Wurzel der internationalen Krise ist natürlich der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen. 24 Millionen Menschen haben jahrelang verzehrt, ohne zu arbeiten und obendrein noch ungeheure Werte zerstört. Die Wurzel des Krieges ist wiederum die kapitalistische Wirtschaftsweise. Länder, die im Rahmen des Systems gezwungenermaßen als Gegner einander gegenüber stehen, können nur bis zu einem gewissen Grade in den Grenzen „friedlicher“ Konkurrenz bleiben. Die besteht im Kampfe um das Absatzgebiet, um das durch gegenseitiges Unterbieten und im Kampfe um das Rohstoffgebiet, um das durch gegenseitiges Ueberbieten gerungen wird. Irgendwie gibt es da eine Grenze: nämlich dort, wo die Rentabilität in Frage gestellt wird und ihr durch reformistische Mitteln des stets zweibis dreischneidigen Zollsches nicht mehr auf die Beine zu helfen ist, oder dort, wo wie in Deutschland das rasende Entwicklungstempo einen Machttaumel und eine großwahnsinnige Profitgier erzeugt. Dann greift der kapitalistische Klingel zum Messer und verzichtet auf die langwierige Operation mit Ueber- und Unterbot. Er stimmt die öffentliche „Meinung“ mit Hilfe seiner Meinungsfabriken auf Haß und gelegentlich eines der allwöchentlich vorkommenden Ereignisse konstruiert er unter ausgiebiger Zuhilfenahme der „nationalen Ehre“ einen „Verteidigungskrieg“.

Der ungeheure Umfang, den der preukische Agubversuch angenommen hat, bewies die „Unrentabilität“ solcher Geschäftsführung für die Massen, nicht etwa für die Kriegsunternehmer, auf deren Seite natürlich immer die schöneren Berufssoldaten (Offiziere) stehen. Die Massen in den besiegten Ländern begriffen diese Geschichte zuerst und schmissen die äußeren Vertreter der Kriegsunternehmer heraus. Das nannten sie Revolution.

Damit war ein Zustand geschaffen, der über die Entwicklung in Europa einen dichten Schleier zog, vor den die politischen Mächte sich schützte, bis sich zeigte, daß das Kernland, die deutsche Schieberrepublik, unentwegt weiter geteilt wurde von denselben achtenswerten Unternehmern, die statt hinter einer wilhelminischen nun hinter einer eberlinischen Fassade die politischen Geschäfte weiterführten. (Fortsetzung folgt.)

Kapitalismus.

(Fortsetzung.)

II.

D. Li. In letzter Zeit sind wieder Nachrichten über das Einbringen ausländischen Kapitals in deutsche Unternehmen bekannt geworden. Die große Öffentlichkeit ist ja über das Vorhandensein fremder Gelder in der deutschen Wirtschaft so gut wie gänzlich orientiert, aber es läßt sich die genaue Zahl dieser Kapitalien nicht feststellen. Tatsächlich hat bereits das ausländische Kapital (Kriegsgewinne!) bereits durch den Abschluß der deutschen Saldo von der deutschen Wirtschaft

Aus dem internationalen Nebel.

I. E.K. Gelegenlich der Konferenz von San Remo und der Vorbereitung der Zusammenkunft in Spa offenbarte sich in den Verhandlungen der „Diplomaten“ und in den kritischen Kommentaren fast der gesamten Presse wieder einmal die ungeheure Selbstlosigkeit jener Episterei, die man imperialistische Politik nennt. Franz Werfel hat diesen

Begriff definiert als „die Kunst, mit kleinster Reibung zu größter Machterhaltung zu gelangen“. Der Zweck ist, mit Hilfe dieser Machterhaltung die übrigen Völker auszubeuten. Vor dem Kriege besaßen sich Japan, Amerika, England, Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn in Konkurrenz und diese Konkurrenz sollte einer gewissen Schutz her kleineren Staaten dar. Durch den Krieg schlossen sich in Europa

dem Grund und Boden in nicht zu unterschätzender Menge Besitz ergriffen und baut seine Macht immer weiter aus. So weiß der „Vorwärts“ über bedeutende Produktionsmittelkäufe des holländischen Margarinetrusts in Deutschland im verfloßenen Geschäftsjahr zu berichten. Er ist aus dem Abschluß dieser Kapitalmacht mit:

„Infolge der Valutaposition war es möglich, eine Anzahl von Fabriken im Ausland (Deutschland, D. Verf.) durch Ankauf von Anteilen ganz oder teilweise zu erwerben, ohne daß dies der Bedeutung der bezüglichen Objekte entsprechende Kapitalausgaben mit sich brachte. Die Rubrik „Anteile von Untergesellschaften“ ist im Laufe des Berichtsjahres daher von 8 188 169 auf 12 672 212 Gulden gestiegen. Unter den neu erworbenen Betrieben sind in erster Reihe Margarinefabriken zu erwähnen, sodann mit der Margarinefabrikation in naher Verbindung stehende Oelfabriken und Oelraffinerien; schließlich wurden Beteiligungen auch in der Seifen- und Kerzenindustrie erworben.“

Auch die Elektrizitätsindustrie, die gerade in Deutschland eine hervorragende Rolle spielt, ist Gegenstand der Investierung ausländischen Kapitals geworden. Ueber die Elektrizitätsindustrie und das ausländische Kapital schreibt das „Berliner Tageblatt“ u. u.:

„Fast alle großen Unternehmungen der Elektrizitätsindustrie haben in der letzten Zeit Kapitalerhöhungen vorgeschlagen. So hat die A. E. G., nachdem sie bereits früher eine Obligationenleihe von 100 Mill. Mk. ausgegeben hatte, in der letzten Generalversammlung die Erhöhung ihres Aktienkapitals um 100 auf 300 Mill. Mk. beschlossen. Die Siemens u. Halske Ges. beantragte nach Obligationenausgaben von 20 Mill. Mk. und 60 Mill. Mk. (die letztere für die Siemens Schudertwerke) eine Kapitalverdoppelung um 63 auf 126 Mill. Mk. und die Bergmann Elektrizitätswerke beabsichtigen ihr Kapital gleichfalls um 28 Mill. Mk. auf 80 Mill. Mk. zu erhöhen, während 20 Mill. Mk. Obligationen im Falle weiteren Geldbedarfs ausgegeben werden sollen.“

Bei der Siemens u. Halske Akt.-Ges. und der A. E. G. wurde gelegentlich der letzten Kapitalerhöhungsanträge die Beteiligung ausländischen Kapitals ausdrücklich ins Auge gefaßt. In der Mitteilung der Siemens u. Halske Ges. über die Kapitalerhöhung heißt es: „Es wird bei diesen Kapitalbeschaffungen auf das Ausland zurückgegriffen werden müssen.“ Von den neuen 100 Mill. Mk. A. E. G.-Aktien wird sogar ein Betrag von 25 Mill. Mk. geschlossen in die Hände einer amerikanischen Gruppe überführt; und noch erheblicher wird sich die Beteiligung des ausländischen Kapitals bei der Felten u. Sülleau Akt.-Ges. gestalten, die bisher von der Gruppe der A. E. G. durch maßgebenden Aktienbesitz kontrolliert wurde. Hier soll das gegenwärtige Aktienkapital von 60 Mill. Mk., das durch die bekannte Umtauschtransaktion zum größten Teil auf die A. E. G. übergehen wird, verdoppelt werden, und die neuen 60 Mill. Mk. Aktien sollen auf eine luxemburgische Gruppe übergehen.“

Die Gesellschaften, in die ausländisches Kapital eingebracht ist, erklären zwar alle, Sicherungen getroffen zu haben, die eine Vorherrschaft des Einflusses der ausländischen Aktienbesitzer ausschließen. Aber es ist doch klar, daß sie sich infolge ihrer gewaltigen Kapitalmenge auf die Dauer mit einer untergeordneten Rolle nicht zufrieden geben, sondern im Gegenteil alles versuchen werden, maßgebenden Einfluß zu gewinnen. — Das deutsche Proletariat darf dem Eindringen des fremden Kapitals in die deutsche Wirtschaft keineswegs gleichgültig gegenüberstehen. Wohl ist es im Augenblick ziemlich belanglos, ob die deutschen Arbeiter und Angestellten für die deutschen oder ausländischen Privatunternehmer die Hände regen und die Hirne anstrengen, denn Ausbeutung bleibt Ausbeutung; die Produktionsmittel in fremder Hand bilden aber in dem Augenblick ein schweres Hindernis, wo das Proletariat im Besitz der politischen Macht die Sozialis-

fizierung der Wirtschaft durchführen will. Zweifellos muß die Besitzergreifung der Produktionsmittel, die nicht den deutschen, sondern den ausländischen Kapitalisten fortzunehmen sind, zu krafttraubenden internationalen Verwicklungen führen, es sei denn, daß der Stand der Weltrevolution diese Gefahr ausschließt oder aber auf die Sozialisierung derartiger Produktionsmittel überhaupt verzichtet wird. Die Fortlassung wichtiger ökonomischer Elemente (und das ausländische Kapital sucht sich nicht die schlechtesten Fabriken usw. aus) führt natürlich zu einer Durchbrechung der Planwirtschaft, einer Erschwerung der Aufbauarbeit in sozialistischem Sinne. Je mehr Industrie- und Bodenwerte in ausländische Hand übergehen, um so schwieriger Verhältnisse in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht steht dann das deutsche Proletariat gegenüber, wenn es zur Sozialisierung

Wenn wählt das Proletariat am 6. Juni in Niederschlesien?

Die Liste Remig-Ziegler!

In Mittelschlesien?

Die Liste Grunshwitz-Müller!

schreitet, vorausgesetzt, wie gesagt, daß zu dieser Zeit die Macht des kapitalistischen Auslandes noch nicht gebrochen ist. Die deutschen Kapitalisten haben kein Interesse daran, sich gegen das Eindringen des ausländischen Kapitals zu wehren. Sie freuen sich im Gegenteil, auf diese Weise der kommenden Sozialisierung ein Schnippchen schlagen zu können. Die Fabrikdirektoren und sonstigen Beauftragten des Kapitals in den Betrieben werden ja von den fremden Besitzern ebenso bezahlt, wie von den einheimischen, im übrigen eint sie das Band des Hasses gegen die Arbeiterklasse. Vor der Hand kann aber das Proletariat gar nichts gegen die zunehmende Kolonialisierung Deutschlands durch das fremde Kapital tun. Der Einfluß in der Geschäftsleitung der Betriebe ist dank dem elenden Betriebsrätegesetz gleich null, und das Parlament? Die beste Antwort darauf gibt der „Vorwärts“, dessen politischer und wirtschaftlicher Teil fast immer in unüberbrückbarem Gegensatz stehen, in dem Kommentar zu dem erwähnten Jahresausweis des holländischen Margarinetrusts. Er sagt:

„Im eigenen Lande geschieht nichts zum Schutze; die von den Sozialisten geforderte Zusammenfassung der Unternehmungen scheiterte an dem Widerstand der privatkapitalistisch orientierten Parlamentsmehrheiten.“ Da diese Parlamentsmehrheit in Deutschland ihre stärkste Stütze in der Rechtssozialistischen Partei hat, so ist es sehr wichtig, aus so authentischer Quelle bestätigt zu sehen, daß diese Mehrheit durchaus privatkapitalistisch orientiert ist. Wenn sich die rechtssozialistische Partei die Erkenntnis des „Vorwärts“, „daß das slavische Festhalten an der Gewerbefreiheit die Ursache unserer Not ist“, endlich zum Leitzug machte und daraus alle Konsequenzen zöge, dann könnte einer weiteren Kolonialisierung Deutschlands ein Ende bereitet werden. Die Konsequenzen aber sind: Sozialisierung der Wirtschaft unter dem Schutz der politischen, öffentlichen Macht des Proletariats. Diktatur der Schaffenden. (Schluß folgt.)

Aus der Internationale.

Die Streiklage in Frankreich.

Die französische Gewerkschaftskommission hat an die Regierung die Aufforderung gerichtet, eine Sozialisierungskommission — selbstverständlich mit einer genügenden Vertretung der Arbeiterklasse — zu ernennen. Nach den Berichten zu urteilen, ist ihre Einsetzung die Bedingung, unter

der sich die C. G. T. bereit erklärt, den Streik wieder aufzuheben.

In einem außerordentlich wichtigen Manifest macht die C. G. T. die Arbeiter und die übrige Bevölkerung mit den Forderungen bekannt, die die organisierte Arbeiterklasse stellt. Das Manifest liest sich wie ein vollständiges Programm. Es fordert:

„Die Einsetzung eines nationalen wirtschaftlichen Rates für die Reorganisation der Produktion; die Errichtung eines internationalen Komitees für die Verteilung der Rohstoffe; Bildung einer internationalen Handelsflotte unter Aufsicht des Völkerbundes, um die Frachtpreise zu regeln und die gleichmäßige Lebensmittelversorgung aller Länder nach Maßgabe ihrer Not und der Möglichkeiten des Weltmarktes zu sichern; Beaufichtigung der Einfuhr und der Verteilung von ausländischen Gütern und Ausschließung der Zwischenpersonen; Reorganisation des Eisenbahntransportwesens; Wiederherstellung der verunsteteten Strecken und Ausarbeitung eines finanziellen und technischen Planes dafür; internationale Verteilung der Kriegskosten; durch diese Maßregeln wäre es möglich gewesen, den Stand der Lebensmittel zu verbessern, jedem Land und besonders Frankreich, seine wirtschaftliche Selbstständigkeit wiederzugeben und zu verhindern, daß unser Gold zwei Drittel seines Wertes verloren hat. Wirtschaftlicher Verkehr zwischen den Ländern auf der Grundlage der Kooperation; Aufhebung aller ausländischen Kriegsexpeditionen. Zurückkehr der Soldaten, die ausschließlich zum Vorteil der imperialistischen Unternehmungen und zum Nachteil für das Land unter den Waffen gehalten werden, zu der Produktion.“

Die Erklärung sagt weiter, daß die Regierung und ihre parlamentarische Mehrheit nichts von alledem bis jetzt zustande gebracht hätten und daß sie auch nicht einmal den Willen dazu heigten. Die Lage Frankreichs sei infolge dessen immer schlechter geworden. Die auswärtige Politik werde ganz in der alten Weise fortgesetzt. Der Erfolg sei die tatsächliche Niederlage Frankreichs auf der Konferenz in San Remo. Die Produktion hat abgenommen, die Teuerung der Lebenshaltung ist gestiegen. Die kürzlich angenommenen Steuerentwürfe werden wieder die Preise aller notwendigen Artikel erhöhen. Das selbständige Auftreten der Arbeiterorganisationen ist deshalb vollkommen gerechtfertigt. Mit einigen Lohnerhöhungen ist ihnen nicht geholfen. Was sie verlangen, ist eine Veränderung des ganzen Regimes.

Inzwischen hat sich die Streikbewegung weiter verschärft, das ganze Land ist bereits in Mitleidenschaft gezogen und man darf auch noch nicht annehmen, daß die Bewegung in absehbarer Zeit zum Abschluß kommt, solange die Regierung bei ihrer halsstarrigen Weigerung verharret, die Vertreter der C. G. T. zu empfangen und mit ihnen zu verhandeln; sie vielmehr unter Anklage stellt, verhaften läßt und die Auflösung der C. G. T. betreibt.

Republik Deutschland

Ein Spitzelstreich in Sangerhausen.

Die Lockspiegelversuche der von uns entlarvten und öffentlich angeprangerten Gaunerin Schröder-Manke, die sich als Kommunistin oder unabhängige Sozialistin ausgibt, je nachdem es sich paßt, scheinen in Sangerhausen einen verspäteten Erfolg zu haben. In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai, nach einer Versammlung der R. P. D., bemächtigten sich etwa 20 Bewaffnete — alles in Sangerhausen völlig unbekanntes dunkle Elemente — der öffentlichen Gebäude, des Bahnhofes, des Landratsamtes, Rathhauses usw. In einer Bank raubten sie über 300 000 Mark. Die Arbeiterklasse Sangerhausens, die geschlossen hinter die R. P. D. steht, hat sich sofort gegen diesen von Spitzeln besorgten Verbrecherstreich gewandt. Nicht ein einziger Arbeiter, außer dem Führer der R. P. D., beteiligte sich an dem Putschversuch.

Aus dem weißen Ungarn.

Von * * *

(Fortsetzung.)

Zunächst jedoch ist alles eine formalistische Übung partei- und lokalpolitischer Triebe, das reinste Strohbrechen, oder es dient allein zur Bemäntelung eines geringen und gehässigen Wettkampfes um fette Positionen, um Macht und Besitz. Ein jeder möchte einziger Herr im weißen Korbe geistiger Beschränktheit und moralischer Verlogenheit sein, der als Königstum von Gottes Gnaden in Ungarn eingerichtet werden soll.

Und inmitten dieser heillosen parteipolitischen Streitereien, wo es eine seltene Einmütigkeit nur in der Fadesche gibt, geht der größte Teil der geistigen Mittelklasse, gehen Lehrer und Beamte, Ingenieure, Künstler und Schriftsteller langsam ganz zugrunde. So schwer die Lage auch in Deutschland sein mag, man hat hier keine Ahnung von dem Elend jener Leute. Vom Amtsbüro bis zum Staatssekretär, vom jungen Akademiker bis zum geistig Engstirnigen europäischen Hofes eine allgemeine Abgespanntheit, ein Hungers und Frierens ohne Ende.

Schon, die Mitterzeit mit ihren unvermeidlichen wirtschaftlichen Störungen, die rumanische Besetzung mit ihren dem Staat vor eine übermenschlich schwere Aufgabe der Bekämpfung und Verpflegung seiner Bedienten gestellt. Aber das Empörende ist: während die Mittelklasse sich im bedrückten Elend befindet, gedeihen Schichten, geistlicher Handel und Handelsleute zum fetten Überflus. Beschönigt wird ja, aber keine nicht über das Geschäft überhaupt, sondern über die Juden; als wärs die allerdinge keine Minderheit christlicher Geschäftsleute sich nicht genau so auf den Dächer verplüßte wie zur. Und der Bauer? Um des Himmels Willen, nur den nicht anzuhören! Er ist ein Staat im Staat geworden; die Regierung mag wie er pflegt und er pflegt sich das Wort und Wort aus allen nicht eigentlichen oder nicht geschäft-

treibenden Angehörigen des Landes hervor, viele Milliarden „blauen Geldes“ (Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank erster Bedang). Er ist es auch, der sich die recht erziehbige Bodenverteilung heranzupfeifen wird, natürlich weit über die Bedürfnisse einer gesunden Bauerndemokratie hinausgehend und sicher nicht in dem ehrlichen Gedanken einer zu erstrebenden größtmöglichen landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des „geliebten Vaterlandes“, sondern nur dem eigenen Geldsack zum Wohle. Seine selbsttätige Exekution ist auf dem besten Wege, vollständig zu einem dunkelhaft starrenden Progenium zu entarten. Ist nichts. Er ist die feste Burg der römisch-katholischen Heiligkeit, der christlichen, verstaute päpstlichen, über in Religion und Moral, und alle, die heute in Ungarn anfrüht und tief sich einer Selbsttäuschung durch diesen Wahlspruch hingeben, sind vor allem ideologische Narren des kleinen Landwirtes und seines Herrn Pfarrers.

Uebrigens gibt es außer dem Bauerntum und dem Kleinrenten auch noch andere falsche Propheten (oder Geschäftsvetreter?) des nationalen und christlichen Königstums. Politische Abenteurer à la Friedrich, die während der Regierung Karolyis, ja Béla Kunis, eine, von christlichen, nationalen und kapitalistischen Standpunkte nichts weniger als einwandfreie Rolle gespielt haben und jetzt trotzdem auf hohem Kopfe stehen. Oder Literaten, die zur Sowjetzeit leinende Stellen im Volkskommissariat für Unterrecht inne hatten und sich heute schamlos inbrünstig dem Mariental und aller halbwegs-sollen Komödien des nahenden Königstums widmen. Ehrlose Wetterfahnen, Faschispoker, Gauner und Parasiten des jeweiligen Staates, denen es immer nur um die Kruppe zu tun ist und die mit ihrer größten und moralischen Minderwertigkeit das weiße Ungarn vollends verfaulen. Sie machen sich weit breit, und daß sie das tun können, ist jedenfalls ein bedauerliches Zeichen für den Gesundheitszustand der neuen Ordnung. Um so mehr, da auf der anderen Seite Männer, die ihr ganzes Leben, eine idealistisch kämpfende politische oder soziale Laufbahn der nationalen und christlichen Sache gewidmet haben, wenn auch nicht im Sinne genuin christlicher und professioneller Unabhang-

keit, öffentlichen und geheimen Hezereien und Verleumdungen aller Art und größter Abscheulichkeit preisgegeben sind. Bloß weil sie — Protestanten, und ihr geistiger Schrei nicht mit den Brettern eines beschränkten oder falschen Sozialpatriotismus vernagelt ist. Und erst recht Dichter und Künstler, Professoren und Beamte, die durch ihre Haltung während der vier Sowjetmonete „kompromittiert“ sind.

Nur ein Beispiel. Babics, ein Dichter und Schriftsteller, geistig Hofmannsthal verwandt, doch ursprünglicher und bedeutender, wurde aus einer literarischen Vereinigung ausgeschlossen, und ihr großer Preis, der nach aller Ueberlegung einer auch nur ein bißchen ernstes Kritik unbedingt dem Beponten hätte zutommen müssen, fiel in die Hände eines Mittelschullehrers, der so nebenbei auch kitschig-sentimentale und plote Werke und Geschichten drehelt. Warum? „Weil Babics mit der Proletardiktatur sympathisiert hat“ und auch heute noch Schriftleiter einer literarischen und kritischen Monatschrift ist, die ihre finanzielle und geistige Aufrechterhaltung zum großen Teile — Juden verdankt. Kommunismus und Judentum sind nämlich für das weiße Ungarn ein und dasselbe Uebel. Bedeutende Lehrkräfte verloren ihre Anstellung weß jeder Anspruch auf irgendwelche finanzielle Abfertigung nach beinahe 40jähriger staatlicher Dienstzeit infolge ihrer „religiösen, moralischen und vaterlandswidrigen Haltung“ während der Mitterzeit. Sie und hervorragende Künstler, Ärzte und Philosophen, die beinahe durchweg ohne jede politische Tätigkeit, ja oft von geradezu revolutionsfeindlicher und nur sozialreformatorischer Gesinnung, ihre Fachkenntnisse einzig und allein zur Förderung allgemeiner Landes- und Volksinteressen der Mitterregierung zur Verfügung stellten, werden ins Ausland oder in das schreckliche, vogelfreie Elend, in Verpöpfung und Selbstmord geschickt. Und überall, wo höhere Fähigkeiten ihren Platz vor dem Druck des Herrikal und chauvinistisch verrannten Rückschlages verlassen mußten, machte sich über, unerschütterlicher Akademismus oder „vornehmes“ Diktatorientum breit.

(Fortsetzung folgt.)

Die bürgerliche Presse ist (in Breslau an der Spitze die „Schlesische Zeitung“ (deutschnational) und der „Generalanzeiger“ (Deutsche Volkspartei) natürlich über dies willkommene Unternehmen in ein Jubelgeschrei ausgespielter Entrüstung über die spartakistische Umtriebe inmitten Deutschlands ausgebrochen. Dabei ist dieser Putsch ganz offensichtlich von Anhängern der rechtsstehenden Parteien inszeniert worden, denn die Putschisten beriefen sich ausdrücklich auf die bekannte deutschnationalen Schanerzär vom Beginn des großen Aufstandes der U. S. P. D. und R. P. D. in Mitteldeutschland.

Der kontrollierte Schrecken!

Die Justizanstalten im Ruhrrevier haben allmählich das ungarische Maß erreicht. Die Kriegsgerichte arbeiten dort im Affordsystem. Zuchthausstrafen werden listig verhängt. Die Gründe der Urteile, durch die Arbeiter aus der Gemeinschaft der Lebenden ausgeschlossen werden, nur weil sie als Arbeiter gegen den Dittmwig-Gefährten Watter gekämpft haben, sind schon gedruckt, noch ehe das Urteil gesprochen ist, noch ehe der Richter den Angeklagten kennt, den er verurteilen wird. Das ist selbst für Preußen, das in Sachen der Justiz seiner Existenz wahrhaftig nicht prude gewesen ist, ein unerhörter Zustand.

Was tut die Regierung, um die Gerechtigkeit wenigstens in den bescheidenen Grenzen der bürgerlichen Rechtspflege zu schützen? Sie tut, was sie stets tut, wenn sie nichts tun will. Sie schickt eine Kommission. Die „P. P. N.“ berichtet darüber:

An zuständiger Stelle erfahren die „P. P. N.“: Um die aus dem Ruhrrevier kommenden Beschwerden über die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte zu prüfen, hat sich am Donnerstag eine Kommission zusammengesetzt aus Vertretern sämtlicher zuständigen Ressorts des Reichsministeriums des Innern, des Reichsjustizministeriums, des Reichswehrministeriums, des Preussischen Ministeriums des Innern und des Preussischen Justizministeriums nach Münster begeben, um dort gemeinsam mit dem Oberpräsidenten das Erforderliche zu veranlassen.

Die konterrevolutionäre Bürokratie, die Geheimen Ministerialräte und ihre Sippschaft werden die weiße Justiz im Ruhrrevier kontrollieren. Die Komödie wäre löstbar, wäre sie nicht so blutig.

Aus der Partei.

Die Reichsliste der U. S. P.

Zur Reichstagswahl ist von der Reichskonferenz in Berlin am Dienstag aufgestellt worden. Die Reihenfolge ist:

1. Toni Sender, Frankfurt a. M.; 2. W. Dittmann, Berlin;
3. Lorenz Bremig, Frankfurt a. M.; 4. Dr. Paul Berg, Berlin;
5. Dr. Curt Geyer, Leipzig; 6. Hans Mittwoch, Königsberg;
7. Dr. Josef Herzfeld, Berlin; 8. Fr. Buchta, Plauen; 9. Dr. Meiß, Berlin;
10. Frida Wulf, Berlin; 11. Sauerbrey, Barmen; 12. Bertels, Berlin;
13. Rosenmann, Bergarbeiter; 14. Bruchhardt, Chemnitz;
15. Pleitner, Hannover; 16. Heidemann, Königsberg; 17. Rintel, Göppingen;
18. Rauch, Berlin; 19. Ernst, Berlin; 20. Wejemeier, Braunschweig;
21. Puttmann, Bauarbeiter; 22. Ehart, Remscheid;
23. Brandt, Bergdorf; 24. Grunewald, Elbing; 25. Schulze, Frankfurt.

Aus der Provinz.

Aufruf!

Unserer jungen Parteiorganisation ist es bisher nicht möglich gewesen, in allen Orten Schlesiens Ortsgruppen zu gründen. Doch gibt es auch in vielen solchen Orten Anhänger der U. S. P. D. Zur Reichstagswahl ist es aber unbedingt notwendig, daß in allen Orten unserer Provinz die Wahlzettel unserer Partei verbreitet werden. Wir fordern daher alle Genossen in den Orten, wo noch keine Ortsgruppe unserer Partei besteht, auf, ihre Adressen umgehend mitzuteilen. Ebenso bitten wir alle Genossen, uns die Adressen solcher in abgelegenen Orten wohnenden Personen mitzuteilen, die ihnen als Anhänger unserer Partei bekannt sind. Wir werden dann den Genannten das nötige Wahlmaterial zustellen. Die Adressen sind an die Bezirksleitungen der U. S. P. D. zu Händen des Wahlaustrages für die Provinz Schlesien, Breslau 3, Nikolaistraße 49/50, einzusenden.

Der Wahlauschuh der U. S. P. D. für die Provinz Schlesien.

Solales.

Breslau, den 18. Mai.

Der Bankbeamtenstreik

dauert fort. In einer Streikversammlung am Sonntag im „Schlewerder“ wurde von der nach Berlin entlandenen Kommission mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister die Rechtsgültigkeit des gefällten Schiedspruchs voll und ganz anerkennt, jedoch keine Maßnahmen besitzt, die Bankleitungen zur Annahme der Entscheidung zu zwingen. Die Bankbeamten wurden auf den Klageweg verwiesen, den sie auch beschreiten wollen. Der Streik muß also weiter geführt werden. In der Diskussion überbrachten Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, der Afa und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten den streikenden Bankbeamten Sympathieundgebungen ihrer Organisationen.

Wir meinen, daß wir schon genug Sympathieundgebungen gehört haben. Die Andgebungen sind aber wertlos, wenn nicht die Lat hinter ihnen steht. Will die Breslauer Arbeiter- und Angestelltenchaft zusehen, wie der Streik der Bankbeamten abgewirgt wird und die Direktoren die lauthen Sieger sind? Das darf nicht sein. Die Solidarität der Hand- und Kopfarbeiter hat eine Phrase, sondern die Aktion zu sein.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten, Breslau, teilt uns mit, daß er mit der von der nach Berlin entlandenen Kommission unternommenen Fühlungnahme mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Strebe, man, nichts zu tun hat und diesen eigentümlichen Schritt entschieden mißbilligt. Die Deutsche Volkspartei kann niemals als Interessenvertreterin der Bankbeamten angesehen und angerufen werden.

Zum Streik der Breslauer Holzarbeiter.

Seit Montag, den 3. Mai, streiken die Breslauer Holzarbeiter um eine Lohnerhöhung von Mark 1,45 ab 6. 4. und 0,40 ab 15. 5., die den Abschläffen in ganz Sachsen und mit dem Rübgezahlverbande gleichkommt. Das Angebot der Unternehmer von 30 Prozent in zwei Raten wurde von den Holzarbeitern abgelehnt und der Streik beschlossen. Infolge der Arbeitsniederlegung zogen die Unternehmer, deren Vorsitz die Herren Koniegny und Bretschneider sind, ihr Angebot zurück. In der am 12. 5. im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Streikversammlung kam zum Ausdruck, daß politische Arbeiterräte unbedingt notwendig sind und sofort zu wählen seien. Ferner wurde die Handlungsweise des Demokraten Koniegny scharf kritisiert. Einer Anregung zufolge kam es zu dem bekannten Demonstrationsumzuge, der vom Gewerkschaftshaus durch die Hummerei und Schweidniger Straße nach der Moritzstraße zur Wohnung des genannten Herrn führte. In dem Zuge wurde ein Plakat getragen mit der Aufschrift „Kampf gegen die Scharfmacher Koniegny und Bretschneider.“ Die Demonstranten forderten durch ihren Vorsitzenden sofortige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, die auch stattfinden sollen.

Die „große Zeit“.

Der ehemalige Reservist Fr. Gr. schreibt uns zum Thema Behandlung der Soldaten im Felde und Dant des Vaterlandes:

„Ich stand im Mai 1916 im Felde bei der 7. Komp. Res.-Inf. Regt. Nr. 10. Hier schrieb ich mal einen Brief an meine Ehefrau, in dem ich mich beklagte, daß unsere in der ganzen Welt der besseren Bildung wegen berühmten Offiziere uns Familienväter dauernd verfluchte Schweine, dumme Lämmer, Lumpen, Schweinhunde, Purenkerle schimpften! Jede Beschwerde darüber auf dienstlichem Wege fiel ins Wasser. Der Kampagnieführer der 7. Kompagnie, Leutnant Sieg, öffnete beim Spiegeln diesen Brief. Die Folge war, daß ich wegen Beleidigung der Offiziere sofort verhaftet wurde. Eine Eskorte, bestehend aus einem Unteroffizier und zwei Mann mit aufgepflanztem Bajonett, führte mich vor das versammelte Bataillon. Hier stürzt der Bataillonskommandeur, Hauptmann Biegner, wulstbrannt auf mich los und rief: Verfluchter roter Schweinehund, Kanaille uff. Das Urteil des Kriegsgerichts der 11. Reserve-Division lautete wegen Beleidigung von Vorgesetzten auf 2 Jahre 9 Monate Gefängnis. Die Verurteilung hatte keinen Erfolg. Nach 13 Monaten Strafverbüßung wurde die Strafe unterbrochen, und ich in den Schützengraben gesteckt. Später erwarb ich mit dem Eisernen Kreuz, geriet am 25. Oktober 1918 in englische Kriegsgefangenschaft und kehrte am 2. Oktober 1919 nach Deutschland zurück. Meine Familie fand ich in größtem Elend vor und die Behörde setzt nun meiner Einstellung als Eisenbahner die größten Schwierigkeiten entgegen.“

Dieser Brief beleuchtet eindringlich die Zustände im ehemals kaiserlichen und jetzt republikanischen Deutschland. Der Arbeiter war und ist heute noch ein Mensch, mit dem die Herrschenden machen, was sie wollen.

Die kappistischen Militärs.

Folgender Aufruf wurde am 14. 3. vom Reichswehrbrigadeführer Generalmajor von Borries, Liegnitz, erlassen, der klar und deutlich beweist, daß der Herr der kappistischen Richtung anhing.

Nebenbefehl. Reichswehr-Brigade VI. Liegnitz, den 14. 3. 1920.

Aufruf!

Die Reichswehrtruppen der Provinz haben sich einmütig in dem Bestreben, unter allen Umständen Ruhe und Ordnung wieder zu erhalten, hinter die neue Regierung in Berlin gestellt, die wiederum versichert hat, an den bestehenden Verhältnissen nichts zu ändern. Schließler! Sieht einmütig zusammen, wie es stets der Fall gewesen, wenn unser Vaterland in Gefahr, heißt alle mit, das Blutvergießen verhindert wird. „Wir sollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, wollen alle Sonder-, Privat- und Parteinteressen zurückstellen und nur ein großes Ziel im Auge haben: Die Aufrechterhaltung der Ruhe im Vaterlande.

Es darf heute keine Parteien geben. Wir müssen Ruhe und Ordnung halten. Das Ausland sieht auf uns. Den Verbändsmächten dürfen wir keinen Anlaß zum Eingreifen geben.

Es darf nicht zum Bürgerkriege kommen. Ordnung und Ruhe müssen erhalten bleiben. Jeder helfe mit. Streik bedeutet heute Vaterlandsverrat.

Aus diesen Gründen werden alle politischen Versammlungen, Flugblätter und Plakate und jeder Streik verboten. Gegen Streikheger und politische Hezer jeder Richtung wird rücksichtslos eingeschritten werden. Sämtliche Betriebe werden als lebenswichtig erklärt.

Wir wollen nichts als Ruhe, Ordnung und Aufrechterhaltung des bisherigen demokratischen Programms: Friede nach innen und außen, Freiheit und Brot.

Der Reichswehrbrigadeführer
gen. v. Borries,
Generalmajor.

Wir fragen: Was ist bis jetzt gegen den Hochverräter Borries geschehen?

Der „Generalanzeiger“ u. die Deutsche Volkspartei.

Seit einiger Zeit liegen den „Breslauer Neueste Nachrichten“ („Generalanzeiger“) regelmäßig Flugblätter, sogenannte Wahlmittlungen der Deutschen Volkspartei bei. Der „Generalanzeiger“, der unter dem Proletariat in erschreckend großer Zahl verbreitet ist (eine Senche), hat stets behauptet, ein parteiloses Blatt zu sein. Diese „Parteilosigkeit“ war allerdings immer Verfechtung des Kapitalismus und Nationalismus. Jetzt aber ist der Schleier völlig gefallen. Wenn der „Generalanzeiger“ Wahlmittlungen der Deutschen Volkspartei verbreitet, dann ist er eben das Organ dieser Partei. Hat vielleicht Herr Stinnes seine Hand hierbei im Spiel? Die Deutsche Volkspartei vertritt die Interessen des Großkapitals, der Nationalisten, der Kappisten. Darf es einen Proletarier geben, der ein Blatt dieser antiproletarischen Partei liest, durch Abonnement und Inseraten

unterstützt. Es ist nicht Pflicht jedes Proletariers, seine Wohnung vom „Generalanzeiger“ zu reinigen und die Kollegen aufzufordern, dasselbe zu tun! Zeitungen der Deutschen Volkspartei gehören nicht in Arbeiterwohnungen. Weg mit dem „Generalanzeiger“!

Der Wahlschein.

Früher konnte man nur dort wählen, wo man in die amtliche Wählerliste eingetragen war. Auf Grund des § 8 des neuen Reichswahlgesetzes kann man in jedem beliebigen Wahllokal seine Stimme abgeben — wenn man einen Wahlschein besitzt.

Der Wahlschein wird jedem Wähler von der Gemeindebehörde seines Wohnortes, dessen Name in der Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen ist, ausgestellt, wenn er

1. in Ausübung des Berufs oder zur Erliegung persönlicher oder öffentlicher (Wahl-) Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wohnortes sich aufhält oder ihn so frühzeitig verlassen muß oder an ihm so spät zurückkehrt, daß er innerhalb der Wahlzeit dort nicht mehr wählen kann;

2. am Wahltag zu Kur- oder Erholungszwecken außerhalb seines Wohnortes sich aufhält;

3. infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist.

Auch wenn der Wähler nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerliste oder Wahlkarte seine Wohnung in einem andern Wahlbezirk verlegt, ist er berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen. Es können also auch Kriegsbeschädigte oder andere in ihrer Bewegungsfreiheit behinderte Kranke den Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines stellen, um dann in jedem ihnen am leichtesten erreichbaren Wahlraum ihre Stimme abzugeben.

Bei Bornahme der Wahl ist der Kontrolle wegen der Wahlscheine abzugeben. Die Abgabe muß natürlich stets persönlich erfolgen.

Die Notleidenden.

Daß die „besseren Herrschaften“ auf Grund ihres Geldbeutels und ihrer Verbindungen während des Krieges und jetzt niemals Not gelitten haben, ist bekannt, als daß davon groß Erwähnung zu machen sei. Zur Illustrierung der „Gleichheit“ in der Republik Deutschland wollen wir aber doch wieder mal an Hand von Beispielen hinweisen, wie sich die Notleidenden alle Lebens- und Bedarfsmittel kaufen können, die sie wollen, während das Proletariat verelendet. In den letzten Tagen haben u. a. folgende Stützen von Thron und Altar Kohlen waggonweise bekommen:

Mois Freundlich 1 Waggon, Farrer Fennig 1 Waggon, Bertha Büttner 1 Waggon, Hofprediger Renner 4 Waggons.

Der Bierant ist die Bismarckstraße in Obereschlössen. Es handelt sich also um vorzüglichen Brennstoff, der mit dem Waldenburger Schutz, den das Proletariat hinzunehmen hat, nicht zu vergleichen ist. All die Personen, die diese Kohlenmengen erhalten haben, sind Bürger, die dauernd von der Not des Vaterlandes, der Faulheit und Begehrlichkeit der Arbeiter, der Schönheit der Monarchie und des Krieges sprechen. Können sich die Arbeiter waggonweise Kohle kaufen?

„Abbau“ der Preise.

Am 16. Mai kostete der Liter Vollmilch im Großhandel 1,48 Mark, im Kleinhandel 1,60 Mark resp. 1,61 Mark. Mager- und Buttermilch kosteten im Großhandel 68 Pfg., im Kleinhandel 76 resp. 77 Pfg. — Am 25. Mai beträgt der Preis für 1 Liter Spiritus auf Marken 4,75 Mark, der Preis der leeren Spiritusflasche 4 Mark. Das Ganze nennt sich Abbau der Preise.

Boigt, ein ehrenwerter Mann.

In der letzten Mitgliederversammlung der S. P. D. wurde, wie die „Volkswacht“ berichtet, der Ausschlagsantrag gegen den Elitelokalisten Boigt mit großer Mehrheit abgelehnt. Boigt ist also trotz allen Ungehörlichkeiten, die er sich hat zuschulden kommen lassen, ein ehrenwerter Mann. So wie die ganze S. P. D.

Mißbrauch der Volksabstimmungsfrage.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß in letzter Zeit verschiedene Unternehmungen gegründet sind, die die für Deutschland lebenswichtigen Fragen der Volksabstimmung in den Grenzgebieten für eigensüchtige Zwecke mißbrauchen. Anscheinend wird mit solchen nur auf dem Papier stehenden Organisationen ein gutgehendes Gründergeschäft getrieben, zu dem leider auch viele Gutgläubige Geld und Namen hergeben. Durch umfangreiche Verbindung von Prospekten hat besonders ein „Zweckverband für Oberschlesien und die Ostmarken“ von sich reden gemacht. Es sei demgegenüber nochmals vor der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß für die Fragen der obereschlesischen Volksabstimmung im Reich lediglich die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, die mit dem Deutschen Schutzverband für die Grenz- und Auslandsdeutschen zusammenarbeiten, in Frage kommen.

Achtung! Aktive Einwohnerwehr Breslau.

Nach Rücksprache mit dem Herrn Vertreter des Polizeipräsidenten betreffs Nachzahlung des Verpflegungsgeldes, teilen wir den Kollegen mit, daß wir erst die Entscheidung des Herrn Ministers abwarten müssen. Sobald Nachricht von diesem erfolgt, werden die Kollegen benachrichtigt. Die Kommission. J. A. Wille.

Verloren!

Auf dem Bezirks-Parteitage am 9. d. M. ist eine Labatspfeife vergessen worden, die dem Genossen Brunner in Schmiedeberg zugeworfen ist.

Parteigenossen!

Der bevorstehende Wahlkampf erfordert ungeheure Ausgaben. Die gegnerischen Parteien treten mit gefüllten Kassen in den Kampf. Unsere Mittel sind gering. Darum häßt den Wahlfonds! Sammelt Geld, Geld und nochmals Geld! Alle Spenden sind unter der Bezeichnung „Wahlfonds“ an die Bezirksleitung der U. S. P. D. in Breslau III, Nikolaistraße 49/50, oder auf das Konto des Genossen Willy Ziegler, Postfachamt Breslau Nr. 31919 zu senden.

Der Wahlauschuh der U. S. P. D. für Schlesien.

Arbeiter! Angestellte!

Erscheint in Massen
zu der am Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Schlewerder stattfindenden

Protestversammlung
gegen den polnisch-russischen Krieg.
Referent: Ing. Kühle (soeben aus Rußland zurückgekehrt).
U. S. P. D., Ortsrat Breslau.

In Ober-Schlesien gelang es, den Herrn „Das Gewissen eines Reichstags“ (ein bekannter Redakteur in S. W.) zur Veröffentlichung. Derselben ein abendlicher Roman: „Die Töchter der Nacht“. Drama in 4 Akten. Näheres folgt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: August Schickel; für die Inserate: Paul Wille; Druck: E. Wille & Co., Breslau, Königsplatz 10.

Stadttheater. Dienstag 7 Uhr: Der Großadmiral. Mittwoch 7 Uhr: Jänghäuser.

Johr-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Zaifun.

Chalia-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Anatol.

Schauspielhaus. Operettenbühne. D. N. 2545 Heute und täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau Ministerpräsident. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Freitag 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus. Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Montag nachm. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Viktoria-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Das Mädel aus dem Paradies.

Figaro-Theater. Bischofstraße 4/5 Fernspr. Ohle 1769. Tägl. abends 7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie von H. Lautensack und das vollständige neue Mai-Programm.

LIEBICH-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Senff - Georgi. Humoristische Vorträge 5 Bailasis-Schieuderbreitt-Akrobaten. Hermann Strebel. Humorist und das große Mai-Programm.

Zeitgarten. Täglich 7 1/2 Uhr: Harry Bienenstein in Noblesse auf Pfisch. Vorher die glänzenden Spezialitäten.

Über-Bayerer. Gartenstr. 55. Anhang. Neues Kavalier. 6 Uhr. Täglich Konzert. Damen-Orchester. Dir. P. Schulz.

Zirkus. Täglich 8 Uhr. Ringkämpfe. Konzertbeginn 7 1/2 Uhr. Nach dem ersten Akt Variete-Programm.

Ringen allabendlich die grossen Kanonen.

VORVERKAUF. Barasch, Kilian & Co. Tausendling. 7. Zg. Böhm. Klost. Ecks Feldstr. 7. Figaro-Kalender. Fried. Wilhelmstr. 8. / Zirkuskasse 11-2 u. ab 6 Uhr abends.

Neudorf. Str. 6. Scholz.

Beachten Sie das glänzende Programm.

Staatsanwalt Jordan.

Verfilmt nach dem berühmten Roman von Hans Land. In den Hauptrollen: Eva May u. Magnus Stifter. 5 hochspannende Akte.

Die Jüdin.

Nach der gleichnamigen Oper. Wunderbarer Wiener Kunstfilm in 5 Akten.

Der verschwundene Pokal.

Famöses Lustspiel in 2 Akten mit Gerhard Dammann. Aufw. Weichst. 4. Fig. 3. 3. 3. Vom 30. Mai ab gelangt der grosse Monumental-Sensationsfilm Herweg bei uns zur Vorführung.

Jupiter Lichtspiel. Westendstrasse 50-52.

Ab Dienstag, den 19. Mai. Im großen Programm Lotte Neumann Karl Beckersachs in dem spannenden Spionage-Drama Die Hochzeit der Cassilda Mediadoros.

Ferner: Lucia Cresetti in der spannenden Sittensatire einer Exilist.

Magdalena.

4 äußerst dram. Akte einer unglaublich Fran.

ZEPTER-KINO. Kleiststr. 47.

Bis Donnerstag: 4 Klänge - Spezialitäten.

Nie Carter: Mörderbeichte.

Kriminaldrama. 4 Akte. N. Lorenz. W. Trötschel.

Probebeichte. 3 Akte. La. Syd. - A. Wörner.

Siegerin. 2 Akte. 15. Freitag: Deutscher!

Cap. 2. Frau. 1. Akte. Die Schlinge. 2. Akte. Die Überfahrt. 3. Akte. Die Überfahrt. 4. Akte. Die Überfahrt.

Abends 10 Uhr. Schöne, Kuppelstr. 51. Täglich von 10 bis 6 Uhr.

Eden Theater.

Lichtspiele in höchster Vollendung. Nikolastrasse 27.

Ab Dienstag täglich: 2 Erstauflührungen: Das Geständnis eines Feindritts.

Ein erschütterndes Bild aus dem Leben in 5 Akten.

Die Tochter d. Nacht (Die Schreckenshöhle.)

Ein sensationeller, abenteuerlicher Roman voll gewaltiger Spannung in 4 Akten.

38. Matthiasstrasse 38. Strassenbahnlinien 2, 7, 8.

Heute: Joe Deeb in Pantherbräut.

4 Akte. Spannend. Detektivfilm.

Ferner: Unter der Knute des russischen Grossfürsten.

nach dem Roman „Fidello“.

5 Akte.

Spotbillig!

Zwirn, kein Papier 0,60

Kinder-Säckchen 2,25

Lockpapier 2,25

Handseife 2,50

Haarcreme extra gross 2,75

Seifen 6,00

Knaben-Sweater 14,00

Unterhosen 19,50

Florstrümpfe, Damen-Hemden äusserst billig.

Joseph Berg.

Neus Graupenstr. 16 u. Markthalle Gartenstrasse Stand 285.

Achtung! Wer kauft man neue und geb. Möbel sowie ganz Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten? Bei H. Klinge, Kesselsstr. 12, am 1. Etg.

Radfahrer Achtung!

Große Posten (auch einzeln) prima Mädel und Schläuche (Excelsior, Dunlop und Liga) sowie Fahrräder zu Fabrikpreisen sofort lieferbar per Nachnahme.

Reinhold Basler Fahrrad- u. Nähmaschinen-Händler. Reichenbach 1. Schl., Neudorferstr. 31.

Militär.

Wieder, Winter, Schenke und Weinhandlung. Neue gute Einrichtungs- u. jeder Art. Neue Tisch- u. Stühle. Täglich: Täglich.

Max Hadamck.

Breslau V. Bräutigamstr. 9 III. Täglich 7 Uhr abends. Sonntag geschlossen.

Herz Stiefel.

Ludwig Herz.

Breslau, Bucharplatz Nr. 4.

Gebr. Meister.

Albrechtstrasse 40.

Bekleidungshaus für Herren u. Knaben.

nur eigene Fabrikation.

Schöne helle Schlafzimmer.

Bestehend: 1 Schrank, 1 Waschkommode mit Platte und Spiegel, 2 Bettstellen mit Patentauflegematratzen und Kissen, 2 Nachttische mit Platte.

Max Giesel.

Brüderstr. 23.

Kranke.

Harndrüsen-, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.

Heilkundiger Fr. Joschke, Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 1924. 9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

Gummwaren.

Reißbinden, Monatsbinden, Spülspitzen, Essensspitzen, Dauerwäsche.

H. Klose, Breslau I, Nilsaistr. 79. 3. Haus vom Ringe.

Schlafzimmer.

in Eiche und imitiert, sowie Einzelmöbel in grosser Auswahl.

K. Rosner.

Gartenstrasse 3 am Sonnenplatz.

Züchen la prima m 19,75, Islett echtrot m 22,00, Hemdentuch prima m 13,75 an G. Friedländer, Sonnenstr. 30.

Oberschlesier! Bekannt Euch errent zu Eurer Heimat! Kommt zur öffentlichen Versammlung im Friedeberg am Dienstag, den 18. Mai 8 Uhr abends.

Es sprechen: Prof. Dr. Knötel, Kattowitz. Inspektor Paul Ahors, Breslau.

Gefängliche Darbietungen des Männergesangsvereins Schall (Leitung: F. Kupfermann). Freie Aussprache. Eintritt frei.

Breslauer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung Oberschles. b. Deutschland.

Bezirksgruppe Breslau und die Ortsvereine Mitte, Südwest und Südost der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Hochelegante Maß-Anzüge.

Cutaway- und Jackettform Sportpaletots, Westen, gestreifte Beinkleider fertig am Lager.

Großes Stoff-Lager la Qualitäten für erstkl. Maßanfertigung.

Bilek & Adamkiewicz.

Spezialhaus für vornehme Herren- und Knaben-Bekleidung.

Breslau 6, Friedr.-Wilh.-Str. 105 I. Et.

Wir rufen alle Damen, welche Hüte umzupressen haben, nach der bekannten Hutfabrik auf der Goldarbeiter Seite - Am Rathaus 16/17 - woselbst die Umarbeitungen schnellstens vorgenommen werden.

Martha Cohn.

Am Rathaus 16/17, Goldarbeiterseite.

1. ordentliche Generalversammlung am Freitag, den 28. Mai 1920, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Zentral-Volkshauses, Westendstrasse 50/52.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Vorlegung der Bilanz. 4. Genehmigung der Bilanz. 5. Entlastung des Vorstandes. 6. Entlastung des Aufsichtsrates. 7. Ergänzungswahlen zum Vorstand. 8. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrate. 9. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen die Sparte. Sozialistischer Verlag, eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung. Der Vorstand. E. Kert. E. Kunit.

Versammlungskalender der U.S.P.D. Breslau.

Heute Dienstag, 7 Uhr abends Massen-Protest-Versammlung im Schickwerder. (Näheres Plakate an den Anschlagstellen.)

Mittwoch 7 1/2 Uhr im Parteilokal Kattowitz. Donnerstag Versammlungen folgender Distrikte:

Distrikt 3 Rosenstr. 17 (Nacht Schwaben). Distrikt 4 Gellhornstr. 21 (Adelung). Distrikt 5 Klosterr. 85 (Gottlieb). Distrikt 8 Neudorfstr. 84. Distrikt 9a Silberbrandstr. Ecke Bräutigamstr. Distrikt 10 Papelowstr. 31.

Freitag Distrikt 1 Karlsru. 16 (Nacht Schwaben). Distrikt 2a Reichstr. 16. Distrikt 7 Lewaldstr. 16 (Franz). Distrikt 9 Leuthenstr. 12/14 (Scholz). Weitere Distriktsversammlungen siehe weiter unten.

Achtung! Genossen von Distrikt 2. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Distriktsversammlung im Lokal „Wakelpott“, Weiße Ohle 15. Thema: Reichstagswahlen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Distriktsführer.

Distrikt 6. Lehmgrabenstr. 91/93. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirksparteitag. 2. Die Stellung der Frauen zu den kommenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Lehrer Proste. 3. Verschiedenes. Alle Genossen werden ersucht, ihre Frauen, Töchter, Freundinnen und Bekannten mitzubringen. Diesmal muß alles erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt 7. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr. Distriktsversammlung bei F. Schmidt, Lewaldstr. 16. Referent Gen. Def. Pietsch. Die Elternratswahlen. Genossen erscheint vollständig, bringt Eure Frauen mit zu diesem äußerst wichtigen Thema. Der Distriktsführer.

Achtung! Distrikt 13. Matthiasstr. 140, Ecke Adlerstr. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr: Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl der Distriktsfunktionäre. 2. Wahlarbeit und Propaganda. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Genossen ist wegen der wichtigen Tagesordnung Pflicht. Da Distrikt 13 von Distrikt 3 geteilt ist, so gehören jetzt folgende Straßen zum neuen Distrikt 13: Klosterr. 1-7, Klosterr. 1-21 u. 2-18, Michaelsstr. 1-23 u. 2-32, Kreuzburger Str. 1-2 u. 2-22, Matthiasstr. 91-207 u. 96-220, Niedergasse 1-27 u. 2-22a, Weinbergsweg 1-38, Adlerstr. 1-9 u. 2-10. Distriktslokal: Matthiasstr. 140, Ecke Adlerstr., in Wolfs Brennerei anschlagnant.

Arbeiterräte der U. S. P. D. Mittwoch, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr in den Eisenfäden. Fraktionsführung.

Parteilagenossen und Leser unserer Zeitung! beruft Euch bei allen Einkäufen auf die Schles. Arbeiter-Zeitung und laßt nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.